

Minden, 1. September 2014

Erklärung zum Antikriegstag:

Spiel mit dem Feuer beenden Diplomatie und humanitäre Hilfe statt Waffen und Eingreiftruppen

Als auf der Münchner Sicherheitskonferenz Anfang des Jahres Bundespräsident Gauck von einer „*einer Form der Verantwortung, die wir noch nicht eingeübt haben*“ sprach, der man auch mit militärischen Mitteln nachkommen müsse, hat wohl niemand daran gedacht, wie schnell diesen Ankündigung Taten folgen würden: Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak entgegen des Willens der Mehrheit der BundesbürgerInnen und aller kritischen Stimmen von ExpertInnen. Verstärkte Präsenz der NATO in Osteuropa mit fünf neuen Basen in den drei baltischen Staaten, Polens und Rumäniens. Überlegungen zur Aufstellung einer „Osteuropa-Eingreiftruppe“ von 4.000 bis 10.000 SoldatInnen aus sechs Ländern, die die osteuropäischen Mitgliedsstaaten beschützen sollen. Und eine pro-forma Abstimmung im Bundestag zu Waffenlieferungen in den Irak ausgerechnet am 1. September, dem Antikriegstag, an dem sich der Beginn des Ersten Weltkriegs zum 75. Male jährt.

BSV-Geschäftsführerin Dr. Christine Schweitzer kommentierte: *„Heute Waffen nach Kurdistan – in ein paar Wochen dann an die Ukraine, die ebenfalls um Waffenhilfe bittet? Und wenn die Kriege trotz der Waffenlieferungen schlecht für die von der EU und Deutschland unterstützte Seite verlaufen – wird dann die Entsendung von Truppen der nächste Schritt sein?“*

Für die Ukraine-Krise gilt genauso wie für Irak und Syrien: Humanitäre Hilfe, Aufnahme von Flüchtlingen und Maßnahmen ziviler Konfliktbearbeitung, z.B. die Unterstützung jener Menschen und Gruppen in den betroffenen Ländern, die sich gegen Fanatismus und die Logik der Gewalt stellen, sind das Gebot der Stunde. Nicht Waffen an die kurdischen Peschmerga und nicht ein Säbelrasseln durch die NATO in Europa. In Europa wie im Nahen und Mittleren Osten gilt: Sicherheit kann nur gemeinsam geschaffen werden. Wenn sich die wesentlichen Kräfte darin einig wären, Gewalt als Option auszuschließen, dann sind Extremisten irgendwann isoliert, geben auf oder öffnen sich einer moderateren Politik. Das konnte man bei den Taliban in Afghanistan beobachten, die in ihrer Anfangszeit der IS heute wenig nachstanden, aber heute viele ihrer Taten von damals als „Fehler“ bezeichnen. Und in der Ostukraine wären viele Möglichkeiten denkbar – umfassende Autonomie bis hin zur Schaffung einer Zone, deren BürgerInnen sich für Staatsbürgerschaft in Russland oder Ukraine frei entscheiden können. Vorbedingung dafür wäre, dass auch die Ukraine, nicht nur die Aufständischen im Osten und Russland, aufgefordert werden, die Waffen niederzulegen.

Zu den Waffenexporten an die Peschmerga

Die Bundesregierung trat 2013 mit dem Versprechen an, Waffenexporte in Nicht-NATO-Staaten restriktiver zu handhaben. Aber der Kopf ist rund, damit das Denken die Richtung ändern kann. Ausgelöst durch das Flüchtlingsdrama der yezidischen Bevölkerung im Nordirak, die vor der Terrororganisation Islamischer Staat (IS) in die Berge floh und dort zu verhungern und zu verdursten drohte, wurde begonnen, von möglichen Waffenlieferungen an die kurdischen KämpferInnen im Irak und evtl. auch in Syrien zu sprechen. Die yezidischen Flüchtlinge wurden inzwischen größtenteils aus den Bergen gerettet, aber dennoch wird weiter die Gefahr von Genozid beschworen, um Waffenlieferungen an die Kurden im Nordirak zu rechtfertigen. Alle Einwände wie

- die Gefahr, dass diese Waffen in falsche Hände geraten oder
- dass sie für spätere Bürgerkriege weiterverwendet werden könnten,
- dass umfassende humanitäre Hilfe für die betroffenen Gebiete viel notwendiger ist,
- dass mehr Waffen nur noch mehr Opfer und noch mehr Menschenrechtsverletzungen bedeuten,
- dass die Lieferungen dem Geist des Kriegswaffenkontroll- und Außenwirtschaftsgesetzes sowie den „Politischen Grundsätzen der Bundesregierung für den Export von Kriegswaffen und sonstigen Rüstungsgütern“ widersprechen,
- eine Entscheidung ohne Bundestagsmandat evtl. verfassungswidrig ist und
- last not least nach Umfragen von Infratest von 60% der Bevölkerung abgelehnt werden,

zählen nicht.

Die Kritik an diesen Waffenlieferungen geht inzwischen weit über die Friedensbewegung hinaus und auch viele Abgeordnete im Bundestag haben Zweifel, wie im Vorfeld der Abstimmung am 1. September schon deutlich wurde.

Die Co-Vorsitzende des BSV und Abgeordnete für die SPD im Deutschen Bundestag, Dr. Ute Finckh-Krämer, kommentierte hierzu: *„Die Abstimmung im Bundestag hat völlig symbolischen Charakter. Anders als 2013 in England, als es um einen Militäreinsatz gegen Syrien wegen des Giftgases ging, und Ministerpräsident Cameron sein Parlament ebenfalls ‚nur symbolisch‘ befragte, sich dann aber der Ablehnung durch das Parlament beugte, sollen wir nur abnicken, was die Regierung längst beschlossen hat und durchführen wird, egal wie die Abstimmung ausgeht.“* Sie zog daraus die Konsequenzen und wird voraussichtlich an einer friedenspolitischen Podiumsdiskussion in Weimar, statt an der Abstimmung in Berlin teilnehmen. *„Es ist wichtiger, öffentlichen Druck von außen zu unterstützen. Ob wir 150 oder 151 Nein-Stimmen haben, macht keinen Unterschied“,* sagte sie.

Der BSV ruft dazu auf, sich an den vielen dezentralen Veranstaltungen zum Antikriegstag heute zu beteiligen.

Dr. Christine Schweitzer
Co-Geschäftsführerin

Dr. Ute Finkh-Krämer
Co-Vorsitzende

Für Nachfragen stehen wir gerne unter 0571-29 456 oder 0173-621 68 95 zur Verfügung.

Bund für Soziale Verteidigung e.V.

Schwarzer Weg 8
32423 Minden
Telefon 05 71 - 29 45 6
Telefax 05 71 - 23 01 9
info@soziale-verteidigung.de
www.soziale-verteidigung.de

Bankverbindung:

Sparkasse Minden - Lübbecke
BLZ 490 501 01
Kto. 89 420 814
IBAN DE73 490 501 01 0089 420 814
Swift-Code WELADED1MIN

Unsere Projektseiten:

www.no-blame-approach.de
www.nonviolentpeaceforce.de
www.streitschlichtungskongress.de
www.friedensbildung-nrw.de

BSV ist Mitglied dieser Organisationen:

European Network for Civil Peace Services
War Resisters' International
Forum Ziviler Friedensdienst
Kooperation für den Frieden
Netzwerk Friedenskooperative
Nonviolent Peaceforce